

Medienkonferenz vom 4. Januar 2022

Referendumslancierung gegen AHV21 – Inakzeptabler Rentenabbau

AHV21 ist eine unwürdige Reformvorlage auf dem Buckel der Frauen (und betrifft auch die Männer)

Adrian Wüthrich, Präsident Travail.Suisse

(Es gilt das gesprochene Wort).

Bundesbern hat entschieden: Die Frauen sollen künftig ein Jahr länger arbeiten. National- und Ständeräte haben mit der Reform der AHV eine Vorlage gezimmert, bei der die Frauen zwischen Stuhl und Bank fallen: Sie sollen mit der Erhöhung ihres Rentenalters einen massiven Anteil der Finanzierung der AHV übernehmen. Und das ohne angemessene Kompensationsleistungen. Vielmehr hat das Parlament pseudosoziale Massnahmen verabschiedet, die den Willen, die Frauenrenten wirklich zu verbessern, arg in Frage stellen. Nach dem Scherbenhaufen, den der Nationalrat bis jetzt auch in der zweiten Säule hinterlassen hat, ist die beschlossene AHV-Reform definitiv missraten. Sie ist, so wie sie heute auf dem Tisch liegt, ein Affront gegenüber den Arbeitnehmenden. Sie richtet sich gegen die Frauen und gegen das Vertrauen in eine zukunftsfähige, solidarische Altersvorsorge. Für Travail.Suisse ist klar: Dagegen muss das Referendum ergriffen werden, damit diese missglückte Reform nicht umgesetzt wird.

Reformen gegen die Frauen

Die Reform der AHV trifft in erster Linie die Frauen. Die Rentenaltererhöhung betrifft ausschliesslich sie. Damit nicht genug: In Zukunft sollen auch Frauen ihre AHV-Rente erst ab 63 Jahren beziehen können. Nur zur Erinnerung: Der Bundesrat wollte sowohl Frauen als auch Männern einen flexiblen Vorbezug der AHV-Rente ab 62 Jahren ermöglichen. Dieser Punkt war bei der letzten Volksabstimmung (?) über die Altersvorsorge unbestritten. Nun wird den Frauen diese Möglichkeit genommen und den Männern nicht gegeben. Das zeigt eine klare Tendenz zur negativen Gleichberechtigung.

Kurzfristige Finanzperspektive

Hinzu kommt der fehlende Wille, alternative Finanzierungsformen für die AHV zuzulassen. Es kann nicht laut genug gesagt werden: Allein die Lohndiskriminierung der Frauen (8%) führt in der AHV jährlich zu Einnahmeausfällen von 825 Millionen Schweizer Franken. Wird die Lohndiskriminierung richtig bekämpft – also mit einem griffigen Gleichstellungsgesetz und ernsthaften Lohnkontrollen – so ergibt sich die grössere finanzielle Entlastung der AHV als mit dem höheren Rentenalter plus der Kompensation für die Übergangsgeneration (825 Millionen +361 Millionen = 1.186 Milliarden bei geringeren Ausgaben von 1 Milliarde pro Jahr). Das Parlament hat aber darauf verzichtet, diese Diskriminierung zu bekämpfen. Vielmehr ist es auch bei der Revision des Gleichstellungsgesetzes auf die Bremse getreten und hat Massnahmen zur Lohntransparenz aktiv abgeschwächt. Das Parlament foutiert sich um die

Gleichstellung und will die AHV gleichzeitig unter dem Vorwand der Gleichstellung auf dem Buckel der Frauen sanieren.

Der Weg für Rentenalter 66 und 67 ist geebnet

Bereits heute kann berechnet werden, dass wir 2026 vor dem gleichen Problem stehen werden und sich eine Reform der AHV mit gleicher zeitlicher Intensität aufdrängen wird. Die Mehreinnahmen über die Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,4 Prozent bringen der AHV-Kasse rund 1.4 Milliarden Franken pro Jahr. Auch zusammen mit den Einsparungen über die Erhöhung des Rentenalters für Frauen reichen diese Zuschüsse nur wenige Jahre. Wird nun bereits heute der «einfachste» Weg gewählt, indem einfach das Rentenalter erhöht wird, so ist dies ein klarer Vorbote für das, was kommen wird: Die Erhöhung des Rentenalters auf 66/67. Dem muss bereits jetzt ein Riegel geschoben werden.

Denn es gibt alternative Formen für die Finanzierung der AHV, die Politik hat hier einfach nicht zugehört. Weitere Vorschläge, wie etwa, dass die Erträge aus den Negativzinsen der Schweizerischen Nationalbank in die AHV fliessen, wurden abgelehnt. Das hätte insgesamt rund 14 Milliarden Franken in die Kassen der AHV gebracht. Zum Vergleich: Mit der Rentenaltererhöhung für Frauen rechnet man aktuell mit Einsparungen von 10 Milliarden Franken in 10 Jahren.

Eine Reform gegen das Vertrauen

Das grösste Kapital der Altersvorsorge ist das Vertrauen. Die Jungen müssen wissen, dass sie auf eine stabile Altersvorsorge vertrauen können und ihre Leistungen nicht gekürzt werden. Es muss bereits heute klar sein, dass ihre Einzahlungen auch ankommen werden. Damit dieses Vertrauen erhalten und gestärkt werden kann, braucht es eine langfristige Finanzierung der AHV. Travail.Suisse hat zu Beginn der parlamentarischen Debatte auf weitere Finanzierungsformen hingewiesen und gezeigt, dass die AHV über andere Kanäle finanziert werden kann als lediglich über die Erhöhung des Rentenalters. Es ist zutiefst bedauerlich, dass alle Analysen und Vorschläge nichts gebracht haben. Die Zeche dafür zahlen nun die Frauen: in der ersten – und wenn es nach dem Nationalrat geht – auch in der zweiten Säule.

Schlechtestmögliche Kombination von Reformen in der ersten und zweiten Säule

Aktuell liegen die Frauenrenten ein Drittel tiefer als diejenigen der Männer. Ursache dafür sind nicht einfach die geringeren Beschäftigungsgrade der Frauen, die tieferen Löhne und die Tatsache, dass Erziehungs- und Betreuungsgutschriften in der 2. Säule nicht berücksichtigt werden. Ursache dafür ist ein Konstruktionsfehler im BVG. In der beruflichen Vorsorge können sich Teilzeitangestellte, insbesondere Frauen, und Arbeitnehmende mit tiefen Einkommen, allgemein schlecht versichern. Die am BVG-Kompromiss beteiligten Sozialpartner haben deshalb mit dem solidarisch finanzierten Rentenzuschlag einen Mechanismus etabliert, der die Renten der Frauen rasch verbessert - gerade weil die Rentenlücken bei Frauen ab 50 Jahren am grössten sind. Der Nationalrat hat in der Wintersession nun den Sozialpartnerkompromiss zerschlagen. Er beschloss: Sinkende Renten und keine Verbesserung für Frauen in der beruflichen Vorsorge. AHV und BVG werden zwar unabhängig voneinander reformiert, inhaltlich kann man sie aber nicht trennen. Das Kernproblem der tiefen Frauenrenten muss in beiden Säulen angegangen werden. Daher ist es umso stossender, dass die Situation der Frauen in der zweiten Säule nicht ernstgenommen wird und nun zusätzlich auch in der ersten Säule auf Kosten der Frauen reformiert wird.

Die aktuellen Altersreformen sind der Inbegriff dessen, was man als negative Gleichberechtigung bezeichnen kann:

- Frauen sollen länger arbeiten und der flexible Vorbezug der Rente wird eingeschränkt. Das wollen die Frauen zwar nicht, aber es gehöre – so eine Mehrheit im Parlament – zur Gleichberechtigung.
- Frauen sollen keinen Schutz vor Lohndiskriminierung und keine anständige Möglichkeit bekommen, sich zu guten Konditionen in der beruflichen Vorsorge zu versichern – gleiche Löhne und gleiche Renten sind für eine Mehrheit im Parlament offenbar nicht Teil der Gleichberechtigung.

Diese Logik kann Travail.Suisse keinesfalls teilen. Die zynische Gleichstellungspolitik des Parlaments in der Altersvorsorge ist nicht akzeptabel.

Damit schafft man kein Vertrauen in unsere AHV. Damit schafft man nur eines, nämlich die Voraussetzungen, um möglichst rasch Rentenalter 66 und Rentenalter 67 für alle einzuführen. Das wird auch die Männer betreffen. Dem muss jetzt ein Riegel geschoben werden. Deshalb ruft Travail.Suisse alle Arbeitnehmenden auf, das Referendum gegen diese missratene Reform zu unterzeichnen und ein klares Zeichen ans Parlament zu senden, dass diese Reform nicht unterstützt wird.

Auskünfte:

Adrian Wüthrich, Präsident von Travail.Suisse, 079 287 04 93